

Dagestan - Ethnisches "Pulverfaß" am Kaspischen Meer

Zur ethnischen Struktur und Dynamik Dagestans

Balkan und Kaukasus sind oft miteinander verglichen worden. Beide Regionen zeichnen sich durch eine ungewöhnlich reiche Vielfalt an Völkern, "Volksplittern" und Sprachen, durch Flickenteppichen gleichende ethnische Gemengelagen und kulturhistorische Verschiedenartigkeiten aus, dies alles auf engstem geographischen Raume. Mit dem Zerfall und Untergang der beiden "sozialistischen" Föderationen Sowjetunion und Jugoslawien ist eine weitere, die tragische, "pathologische" Gemeinsamkeit beider Regionen schmerzhaft und tief ins politische Bewußtsein der Weltöffentlichkeit eingepägt worden: Gewaltausbrüche zwischen den Volksgruppen, Blockaden, Krieg, Vertreibung, Völkermord. Dabei ist es im ehemaligen Jugoslawien zu einem "seriellen" Ablauf gekommen, weil vor allem ein und derselbe Akteur, die politische Führung Serbiens, sich dem Konzept einer chauvinistischen Macht- und Expansionspolitik verschrieben hatte. Zwar fehlt es auch im Kaukasus nicht an einem dominierenden Akteur, aber Rußland, mag es auch mehr oder weniger tief in die aktuellen Konflikte - Berg-Karabach, Abchasien, Inguschetien, Südossetien, Tschetschenien - verstrickt sein, folgt heute im Kaukasus keiner expansionistischen Vision mehr, sondern bemüht sich um Bewahrung eines allmählich wegbrechenden Besitzstandes. Inzwischen sind im Nordkaukasus die Gewaltausbrüche zwischen den Volksgruppen zum Flächenbrand geworden, seit in der bislang als "ruhig" geltenden Republik der Karatschaiern und Tscherkessen der im Frühjahr 1999 unternommene Versuch, das Staatsoberhaupt erstmals in demokratischen Wahlen zu bestimmen, die unterlegene tscherkessische Seite zur Gewalt greifen ließ, womit - wie 1991/92 im Falle der Republik der Tschetschenen und Inguschen - die Sollbruchstelle einer weiteren "Bindestrich-Republik" Rußlands empfindlich getroffen wurde.

Während der immer noch eskalierende Konflikt zwischen den Tscherkessen und den Karatschaiern vom Ausland kaum zur Kenntnis genommen wurde (und wird!), rückte über Nacht das am östlichen Ende des nordkaukasischen Krisenbogens liegende Dagestan auf die vordersten Seiten der Weltpresse, als die autonom agierenden islamistischen tschetschenischen Feldkommandeure Chattab und Bassajew in den ersten Augusttagen 1999 mit ihren Kampfverbänden in diese südlichste Republik Rußlands einmarschierten. Sie besetzten Teile der Hochgebirgskreise von Botlich und Zumada, erklärten sich förmlich zur "Schura Dagestans", d.h. zu seinem islamischen Führungsorgan, und verkündeten eine "Deklaration über die Wiederherstellung des islamischen

Staates Dagestan", dem auch Tschetschenien angehören soll. Nach einigen Tagen von den russischen Streitkräften zurückgeschlagen, drangen sie Anfang September mit wesentlich stärkeren Verbänden in die nördlich angrenzenden Kreise von Nowolakskoje, Chassawjurt und Kisljar ein, und wurden darüber hinaus auch in Zentraldagestan, in einigen islamischen Dschamaaten südlich der alten Hauptstadt Bujnaks, militärisch aktiv.

Es mag unter diesen Umständen naheliegen, wäre aber eine gründliche Fehleinschätzung der Verhältnisse, wollte man die Gefahr, in welcher Dagestan sich befindet, lediglich auf das schwelende Tschetschenien-Problem zurückführen. Denn auch ohne die dramatische Entwicklung der letzten Wochen gilt die sich östlich und südöstlich an Tschetschenien anschließende und sich längs dem Kaspischen Meer erstreckende Republik Dagestan längst schon als eine im höchsten Grade von interethnischen Unruhen, Verfall der zivilen Ordnung, Zerfall in lokale Machtzonen, Krieg und Chaos bedrohte Region.¹ Die Voraussetzungen dafür sind in vieler - ethno-politischer, sozio-ökonomischer, mental-kultureller, religiöser und nicht zuletzt geopolitischer - Hinsicht bedrückend günstig, denn in allen diesen Dimensionen hat sich ein gefährliches Konfliktpotential aufgebaut. Verständlicherweise auf den besonders gefährlichen Unruheherd Tschetschenien seit dem Krieg (1994-1996) konzentriert, hat die Weltöffentlichkeit die sich zuspitzende Krise in Dagestan nicht zur Kenntnis genommen.

Ein Ende dieser bedrückenden Entwicklung im Nordkaukasus ist nicht abzusehen. Die Ursache dafür liegt zutage: Augenscheinlich haben wir es mit einem gleichmäßigen Prozeß des Auseinanderrückens von Nationen und Ethnien zu tun, der vor allem durch den sozio-ökonomischen Niedergang der Region und die politisch-administrative Schwäche der föderalen Zentralregierung verschärft und beschleunigt wird. Im Grunde genommen sind alle diese Faktoren und der ihnen innewohnende Zug hin zu blutigen Zusammenstößen seit dem Zerfallsprozeß der Sowjetunion bei Fachleuten, Politikern und internationalen Organisationen nicht nur in den Umrissen bekannt. Daher drängt sich die Frage auf, warum die internationale Gemeinschaft und namentlich die OSZE über ihr Engagement im bereits brennenden Tschetschenien (Februar 1995) hinaus² nicht frühzeitig "Missionen" auch in den anderen zu Rußland gehörenden Republiken des Nordkaukasus und allen voran im besonders gefährdeten Dagestan eingerichtet hat. Entspricht nicht gerade die unten beschriebene Verwandlung Dagestans in ein "ethnisches Pulverfaß"

1 Vgl. Uwe Halbach, Rußlands schwächstes Glied. Die Republik Dagestan wird zum Notstandsgebiet, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Aktuelle Analysen 53/1997.

2 Eingehend dazu Ursel Schlichting, Das Engagement der OSZE in Tschetschenien, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1995, Baden-Baden 1995, S. 211-220, Tim Guldemann, Die Tauben gegen die Falken unterstützen. Erfahrungen der OSZE-Unterstützungsgruppe in Tschetschenien, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1997, Baden-Baden 1997, S. 133-142, sowie Odd Gunnar Skagestad, Die Hoffnung nicht aufgeben, im vorliegenden Band, S. 239-253.

ganz besonders den mit einer OSZE-Langzeitmission verbundenen Zwecken, nämlich Frühwarnungsorgan "heißer" Konflikte und Instrument präventiver Diplomatie zu sein, äußerstenfalls auch Krisenmanagement und friedliche Streitbeilegung zu leisten?

Ohne die von der "OSZE-Unterstützungsgruppe" und namentlich von ihren Leitern, István Gyarmati, Tim Guldemann und Odd Gunnar Skagestad, in Tschetschenien geleistete Mediatorenarbeit schmälern zu wollen, wird man die Vermutung äußern dürfen, daß sich einem Engagement der OSZE dort bereits vor Kriegsausbruch die Chance eines größeren Erfolges, nämlich der Erhaltung eines fragilen Friedens eröffnet hätte. Hätte man daraus nicht den Schluß ziehen sollen, ja müssen, nun wenigstens in den gefährdeten Nachbarrepubliken und namentlich in Dagestan "rechtzeitig" präsent zu sein, um die Mechanismen der Präventivdiplomatie zur Wirkung kommen zu lassen? Wie es scheint, ist dazu keine Initiative ergriffen worden. Natürlich wäre es nicht leicht gewesen, Rußland die nötige Zustimmung zur Errichtung von OSZE-Langzeitmissionen im nordkaukasischen Krisenbogen abzurufen, aber von vornherein aussichtslos wären entsprechende Versuche wohl nicht gewesen. Freilich stellen die hohen finanziellen Kosten einer derartigen Ausweitung des OSZE-Engagements im Kaukasus ein hohes Hindernis dar. Dem muß man allerdings mit dem Argument entgegenreten, daß die Eskalation der Konflikte zu Bürgerkrieg und Völkermord die Staaten im Ergebnis um ein Mehrfaches teurer zu stehen kommt!

Wäre es für die Einrichtung von OSZE-Missionen im Lande der Karatschaier und Tscherkessen, der Kabardiner und Balkaren, der Nordosseten und eben auch in Dagestan bereits zu spät? Die Tatsache, daß sämtliche im Nordkaukasus bislang tätigen internationalen Hilfsorganisationen (MSF, UNHCR, IKRK) im Juli 1999 ihre Arbeit dort einstellten, scheint allerdings darauf hinzudeuten.

Gleichwohl sollte sich die OSZE zu einer entsprechenden Initiative entschließen. Gerade der Überblick über die "Konfliktlandschaft" Dagestans wird zwischen den Zeilen deutlich machen, daß die Republik auch unabhängig von dem Tschetschenien-Faktor der Einrichtung einer OSZE-Langzeitmission dringend bedürfte.

Konfliktverursachende und konfliktverschärfende Faktoren im heutigen Dagestan

Zur allgemeinen Ausgangslage

Keine Region des Kaukasus, vielleicht sogar, wie verschiedentlich behauptet wird, der ganzen Erde, weist auf einem so begrenzten Territorium und auf der Grundlage einer so geringen Einwohnerzahl (heute ca. 2,2 Millionen, ohne Flüchtlinge) eine so hohe ethnische und sprachliche Vielfalt auf wie Dage-

stan: neben ca. 30 Volksgruppen mit eigenständigen, teilweise ganz verschiedenen Wurzeln zuzuordnenden - indoeuropäischen, Turk- und kaukasischen - Sprachen sind über 70 Dialekte verzeichnet worden.³ Allerdings hatte es nur ein gutes halbes Dutzend Völker im Laufe der Geschichte zu stabileren feudalen Herrschaftsgebilden gebracht, die dann nach der Einverleibung Dagestans in das Kaiserreich Rußland Grundlage der Verwaltungsgliederung wurden.⁴ Die größeren Völker verfügten neben sogenannten "freien Gesellschaften" bzw. Territorialgemeinschaften über Feudalherrschaften, die immer auch zumindest kleinere Teile anderer Volksgruppen mitumfaßten. Zahlenmäßig am stärksten waren die Awaren. In sozio-politischer Hinsicht hatten jedoch die Kумыкы eine herausragende Position, weil sie die reicheren Tal- und Küstenzonen bewohnten und weil ihre Sprache die regionale *lingua franca* war (in welcher Rolle sie zur Sowjetzeit vom Russischen abgelöst wurde).⁵

Das über weite Strecken gebirgige, stark zerklüftete Relief Dagestans begünstigte zu früheren Zeiten insgesamt ein eher friedliches, weil relativ getrenntes und daher kontaktarmes Nebeneinander der Gebirgler (*gorcy*) untereinander und mit den Talbewohnern. Die ethnischen Grenzen der Siedlungsgebiete blieben daher weitgehend stabil, auch wenn vor allem der große Kaukasus-Krieg (1828-1864) wegen der genozidären Kriegführung der russischen Generalität die Bevölkerung stark dezimierte.

Heute, nach dem Untergang der UdSSR und eingegliedert in den Staatsverband der Rußländischen Föderation, stellen sich die vom Staatsrecht Dagestans besonders anerkannten 14 Völker in folgendem Stärkeverhältnis dar (Näherungswerte): Awaren (28 Prozent), Darginer (16 Prozent), Kумыкы (13 Prozent), Lesgier (zwölf Prozent), Laken (fünf Prozent), Tabassaraner (fünf Prozent), Aseri (4,2 Prozent), Tschetschenen (fünf Prozent), Nogaier (zwei Prozent) sowie Aguler, Rutuler, Taten und Zachuren zusammenge-

3 Vgl. allgemein zu Dagestan Roland Götz/Uwe Halbach, Politisches Lexikon Rußland, München 1994, S. 115-127; Christian Neef, Der Kaukasus. Rußlands offene Wunde, Berlin 1997, S. 21-32; Uwe Halbach/Andreas Kappeler (Hrsg.), Krisenherd Kaukasus, Baden-Baden 1995. Dagestan hat etwa die gleiche Fläche wie Niedersachsen, Dänemark oder Holland.

4 Vgl. Andreas Kappeler, Rußland als Vielvölkerreich. Entstehung, Geschichte, Zerfall, München 1992, S. 149ff.; *Svod zakonov Rossijskoj imperii*, tom 1yj, St.-Peterburg 1913, S. 149f.

5 Vgl. Junus Junusovič Junusov, Dagestanskaja ASSR - Sovetskoe socialističeskoe gosudarstvo, Machačkala 1970, S. 59ff. 1923 wurde vom Gebietspartei Komitee Dagestans die kумыкыsche (türkische) Sprache förmlich zur Verwaltungssprache erhoben, doch schon im Sommer 1928 folgte eine völlig neue Regelung: Auf Dorf- und Bezirksebene galten die Sprachen der (dominierenden) Volksgruppen, auf Republiksebene das Russische. Zugleich wurde (anstelle des arabischen) das lateinische Alphabet eingeführt, das dann 1938 durch das kyrillische (russische) ersetzt wurde.

nommen drei Prozent.⁶ Der Anteil der Russen, Ukrainer, Weißrussen, kurz: der Slawen, beträgt nur noch etwas über sechs Prozent (1999).⁷

Es beruht auf historischer Erfahrung, daß ein aus vielen sprachlich und kulturell unterschiedlichen Volksgruppen zusammengesetztes Gemeinwesen wie Dagestan erheblich anfälliger für Feindseligkeiten, Streit und Zwietracht ist als eine ethnisch mehr oder weniger homogene Gesellschaft. Ganz besonders gilt dies für die laufende Epoche der Weltgeschichte, in welcher das ethnonationale Prinzip der Staatsbildung im Zeichen der gelebten oder wenigstens verkündeten Prinzipien von Demokratie, allgemeinem Wahlrecht und Mehrheits Herrschaft sowie eines hemmungslosen Expansionismus nationalsprachlicher und national-kulturell einseitig ausgerichteter elektronischer Medien ihren mit der Französischen Revolution angetretenen Siegeszug weltweit vollenden. Denn die in allen Menschengruppen bzw. Gesellschaften unvermeidlich auftretenden politischen, ökonomischen, sozialen und sonstigen Konflikte des Alltags haben in multiethnisch strukturierten Gesellschaften in aller Regel jeweils auch eine ethnische Färbung, drohen daher aus einem vornehmlich ethnischen Blickwinkel wahrgenommen und bewertet zu werden und sich infolgedessen zu interethnischen, unter Umständen gewaltsamen Auseinandersetzungen zu steigern.

Das Konfliktpotential im postsowjetischen Dagestan wird durch drei Faktoren bestimmt, nämlich:

1. durch den Wegfall gewisser Stabilisierungsmechanismen des sowjetischen Herrschaftssystems;
2. durch allgemeine soziale Destabilisierung und Spannungserhöhung;
3. durch Vorgänge interethnischer Desintegration, Fragmentierung und Segregation.

Wegfall sowjetstaatlicher Stabilitätsmechanismen

Für Dagestan war der Untergang der UdSSR besonders einschneidend, denn gerade die Strukturen des Sowjetstaates waren geeignet, in ethnischer Hinsicht zersplitterte Verwaltungsgebiete zu stabilisieren, und zwar erstens durch den politisch-ökonomischen Zentralismus, indem auch weniger bedeutsame Fragen in Moskau entschieden wurden, zweitens durch die sozio-ökonomische Alimentierung der besonders strukturschwachen Republik, drittens durch den Proporz der Nationalitäten und Ethnien bei der Bildung der So-

6 Vgl. Ilja Maksakov, Problemy Dagestana pazrešimy, in: Nezavisimaja gazeta vom 19. September 1997, S. 3, sowie zu m Stand vom 1. Januar 1999 Mag omed-Zagid Varisov, Elektoral'nye nastroenija v Dagestane, in: Nezavisimaja gazeta vom 9. Juli 1999, S. 4.

7 Der prozentuale Anteil der "Russen" in Dagestan ist seit der Volkszählung von 1959 (20 Prozent) kontinuierlich gesunken: auf zwölf Prozent 1979, auf 7,5 Prozent 1996, und da die Abwanderung anhält, läßt sich absehen, daß in einigen Jahren der Anteil noch einmal halbiert sein wird.

wjets⁸ und bei der Kaderpolitik in Verwaltung und Partei. Dadurch waren viele Streitfragen den rivalisierenden örtlichen Machtinteressen entzogen. Daher konnte keine der Nationalitäten Dagestans eine beherrschende Stellung einnehmen. Und noch ein weiterer konfliktverringender bzw. -eindämmender Faktor kam hinzu, nämlich die Tatsache, daß der Kaukasus *insgesamt* dem Sowjetstaat einverleibt war, daß die Grenzen zwischen den Unionsrepubliken des Transkaukasus und den "Autonomen" Republiken des Nordkaukasus nur administrativer Natur waren und die Freizügigkeit der Sowjetbürger daher nur geringfügig einschränkten.

Der Aufstieg der Unionsrepubliken zu souveränen Staaten mit allen Völkerrechtssubjekten eigenen Attributen zerstörte die Verwaltungseinheit des Kaukasus. Nun entstanden trennende Staats-, Rechts-, Zoll- und Wirtschaftsgrenzen, und es trat eine in der Geschichte so nicht bekannte Abtrennung des "Nordkaukasus" und damit auch Dagestans vom Transkaukasus ein, zu Lasten vor allem der teils auch in Aserbaidschan siedelnden Lesgier.

Kaum weniger einschneidend war die Statusänderung Dagestans, seine Aufwertung zu einem Gliedstaat innerhalb einer Föderation. Zwar hat Dagestan auch in der "Rußländischen Föderation" eine zentralstaatliche Macht über sich, es bestehen jedoch grundsätzliche Unterschiede zum damaligen politisch-administrativen Verhältnis zwischen dem Zentralkomitee der KPdSU und dem Ministerrat der UdSSR einerseits und den Organen der ASSR Dagestan andererseits.

Mit dem Wegfall der KPdSU als der entscheidenden politisch-administrativen unitarischen Klammer der UdSSR verlor die regionale politische Elite (auch) Dagestans das souveräne übergeordnete Befehlszentrum; sie wurde in die Eigenverantwortung für die innere Entwicklung der Republik entlassen. Zwar ist diese sachlich (z.B. Polizeiwesen, Kriminalitätsbekämpfung, Steuererhebung) und funktional (z.B. Rechtsprechung) durch die Kompetenzen der Rußländischen Föderation begrenzt, aber diese Begrenzungen lassen erstens einen politischen Schlüsselbereich von vornherein ausgespart, nämlich die Personalhoheit über die Besetzung der Verfassungsorgane und regionalen Verwaltungsbehörden, und zweitens ist das neue föderale Zentrum Rußlands finanziell und wirtschaftlich - und deswegen auch politisch und administrativ - so schwach, daß es zur kraftvollen Ausübung seiner verfassungsrechtlichen Prärogativen und Kompetenzen kaum in der Lage ist.

Niedergang der Wirtschaft

Schon zur Sowjetzeit gehörte Dagestan zu den am schwächsten entwickelten Regionen der RSFSR. Das von Hochgebirge geprägte Land lud nicht zu

8 Dazu Junusov, a.a.O. (Anm. 5), S. 103: Von den am 12. März 1967 in den Obersten Sowjet der Dagestanischen ASSR gewählten 178 Abgeordneten waren 46 Awaren, 28 Darginer, 21 Kumyken, 21 Lesgier, zehn Laken, zwölf Vertreter der kleineren Völker Dagestans, ferner 25 Großrussen, fünf Ukrainer, fünf Aserbaidschaner, drei Tschetschenen, ein Ossete und ein Mordwiner.

breiten Investitionen ein. Der Zusammenbruch der Zentralverwaltungswirtschaft mitsamt ihrem Kern, dem militärisch-industriellen Komplex, der in Dagestan über 80 Prozent der Industriebetriebe umfaßte,⁹ leitete eine Talfahrt ein, die sich Mitte der neunziger Jahre durch den Tschetschenien-Krieg und die mit ihm verbundene Wirtschaftsblockade mit zweistelligen Schrumpfungsraten noch beschleunigte.¹⁰ Infolge von Konversionsmaßnahmen, Kürzungen oder Wegfall föderaler Subventionen und ferner der schon 1990/91 erfolgten Unterbrechung der lebenswichtigen Nord-Süd-Transportverbindungen durch Tschetschenien nach Aserbaidschan kam die Tätigkeit vieler Unternehmen zum Erliegen. Die Arbeitslosigkeit, schon immer ein Problem Dagestans, gilt längst als die höchste in der Rußländischen Föderation; sie stieg in Industriestädten bis auf 90 Prozent (z.B. Kaspisk), auf dem Lande auf über 60 Prozent, nachdem Teile der traditionellen Lebensmittelkonservenfabriken, der Fischverarbeitung und des Weinanbaus aus unterschiedlichen Gründen ihre bisherigen Märkte verloren hatten und ihre Tätigkeit einstellen mußten.¹¹

Die Hoffnungen der dagestanischen Regierung, die Föderation möge die Misere durch stärkere Finanzhilfen und die Förderung bestimmter Infrastrukturmaßnahmen mildern, haben sich bislang nicht erfüllt: Weder wurde der (eisfreie) Hafen Machatschkalas noch der Flughafen der Republik zu internationalen Knotenpunkten ausgebaut, weder wurden die in Aussicht genommenen "freien Wirtschaftszonen" eingerichtet noch der Güter- bzw. Transitverkehr nach Aserbaidschan befriedigend, geschweige denn wirtschaftsfreundlich geordnet.

Obwohl der Haushalt Dagestans zu 85 Prozent vom föderalen Haushalt Rußlands abhängt, bekommt Dagestan real seit Jahren häufig nicht mehr als allenfalls die Hälfte dessen zugewiesen, was im Föderalhaushalt eigentlich angesetzt ist.¹²

9 Vgl. Vitalij Eremin, Rukovoditel' vulkana, in: Rossijskaja federacija 8/1997, S. 25-28, hier: S. 26; Interview mit dem Minister für Nationalitäten und Auswärtige Beziehungen Dagestans, Magomedsalich Gussajew, in: Nezavisimaja gazeta vom 12. Mai 1998, S. 5.

10 Dazu Magomedchan Magomedchanow in: Nezavisimaja gazeta vom 1. Juli 1996, S. 3; nach den verschiedenen Parametern zur Industrieproduktion rangiert Dagestan in der Schlußgruppe der Regionen Rußlands. Vgl. Roland Götz, Rußlands regionale Industrie im Jahre 1998, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Aktuelle Analysen 5/1999 S. 4/5; zur Konversion in Dagestan siehe Milrad Fatullaev, Žizn' posle žizni, in: NG-Regiony 1999, Nr. 2, S. 13.

11 Offiziell wurde 1998 von 30 Prozent Arbeitslosigkeit gesprochen (vgl. Nezavisimaja gazeta vom 12. Mai 1998, S. 5); das scheint auf einen realen Satz von 60-70 Prozent hinzuweisen.

12 Vgl. Interview mit dem Staatsratsvorsitzenden Dagestans, Magomedali Magomedow, in: Nezavisimaja gazeta vom 11. Februar 1997, S. 3.

1. Territorialkonflikte: das Akkiner-Problem

Die vielfältigsten und gefährlichsten Wirkungen der Destabilisierung Dagestans gehen von den anhaltenden Konflikten in und um Tschetschenien aus. Historisch sind die benachbarten, ethnisch und kulturell ineinander übergehenden Regionen immer eng miteinander verbunden gewesen, am festesten im jahrzehntelangen gemeinsamen Widerstand gegen die Einverleibung des Kaukasus in das Kaiserreich Rußland unter ihrem rasch zur Legende gewordenen islamischen Führer, dem Imam Schamil.¹³

Der Tschetschenien-Krieg hat Dagestan nicht nur wirtschaftlich schwer in Mitleidenschaft gezogen, sondern die Republik - zumindest zeitweise - auch zum Zufluchtsort für ca. 200.000 Flüchtlinge - Russen, Nogaier, aber auch Tschetschenen - gemacht¹⁴ und die Bevölkerung Dagestans kurzfristig, mit-samt den sich daraus naturgemäß ergebenden zusätzlichen Belastungen auf ca. 2,3 Millionen anschwellen lassen. Etwa 70.000 der tschetschenischen Flüchtlinge haben in dem grenznahen Raum und insbesondere in den Rayons von Nowolakskoje (vormals Auch) und Chassawjurt bei Verwandten und Bekannten Aufnahme gefunden, dadurch das in diesen Zonen ohnehin fragile interethnische Gefüge nachhaltig gestört und eine ständige Quelle virulenter Konflikte geschaffen.

Historische, unverheilte Wunden kommen hinzu: Der Rayon von Chassawjurt gehörte bis zur Bildung der Dagestanischen ASSR (1920/21) zum Verwaltungsbezirk des Terek-Gebietes und damit, grob gesprochen, zu Tschetschenien. Traditionell war er vom tschetschenischen Stamm der Akkiner und von Kumyken besiedelt. Fast ausschließlich von den Akkinern besiedelt war der südlich anschließende Rayon von Auch. Als 1944 die Tschetschenen wegen angeblicher Kollaboration mit der deutschen Wehrmacht nach Kasachstan und Mittelasien deportiert und die Autonome Republik der Tschetschenen und Inguschen aufgelöst wurden, dehnte man diese Maßnahme auch auf die Akkiner der Rayons von Chassawjurt und Auch aus, siedelte zwangsweise in letzterem Kumyken, Awaren und vor allem Laken an und benannte ihn in Nowolakski-Rayon um. Nach dem Tode Stalins erwiesen sich diese Vertreibungsmaßnahmen als "Zeitbomben".

Nach dem XX. Parteitag der KPdSU (1956) rehabilitiert, kehrten gruppenweise auch die Akkiner zurück, und infolge der Perestrojka ist der tsche-

13 Vgl. Uwe Halbach, "Heiliger Krieg" gegen den Zarismus, in: Andreas Kappeler/Gerhard Simon/Georg Brunner (Hrsg.), Die Muslime in der Sowjetunion und in Jugoslawien, Köln 1989, S. 213-234.

14 Vgl. Rossijskaja federacija 8/1997, S. 25-28, S. 27. Ausführlich zum Flüchtlingsproblem Uwe Halbach, Migration, Vertreibung und Flucht im Kaukasus. Ein europäisches Problem, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 13/1999, S. 12ff.

tshenische Zuzug noch stärker geworden.¹⁵ Wie gefährlich die ethnischen Spannungen geworden waren, zeigte sich 1997 bei der Stadtratswahl des Verwaltungschefs von Chassawjurt. Es kam zu bewaffneten Unruhen mit Granatwerfereinsätzen gegen prominente Volksgruppenvertreter.¹⁶

2. Offene Grenzen und Übergriffe; Geiselnahmen

Der "Tschetschenien-Faktor" kann sich nicht zuletzt deswegen so destabilisierend auswirken, weil die tschetschenisch-dagestanische Grenze *de facto* offen ist. Die Schwierigkeiten beginnen hier bereits damit, daß der juristische Status der Grenze unklar ist.¹⁷ Da Moskau der "Tschetschenischen Republik Itschkerja" bislang die völkerrechtliche Anerkennung versagt hat, ist die Grenze (auch) zu Dagestan nicht mehr als eine "Verwaltungsgrenze". Tatsächlich aber ist Tschetschenien "inneres Ausland" (Halbach), und - realpolitisch gesehen - von Rußland heute stärker getrennt als von jeder früheren Unionsrepublik und heutigem Nachbarstaat.

Die hohe Durchlässigkeit der tschetschenisch-dagestanischen Grenze hat insbesondere die Grenzrayons Dagestans für die aus politischen, militärischen und ökonomischen Motiven operierenden diversen tschetschenischen Gruppen zu einem günstigen Operationsgebiet gemacht, wie auch umgekehrt, wenn auch in weit geringerem Maße, für Akteure aus Dagestan.¹⁸ In den letzten Jahren und mit steigender Not wegen der völlig darniederliegenden Wirtschaft in Tschetschenien werden die grenznahen Dörfer und Siedlungen regelmäßig von Räuberbanden aus Tschetschenien heimgesucht. Betroffen sind selbst die dagestanischen Tschetschenen, die Akkiner. Objekt von Anschlägen wurde inzwischen auch die durch den Nowolakski-Rayon führende Erdölleitung Baku-Noworossisk.

Weitaus gravierender sind die Entführungen von Dagestanern oder auch von aus anderen Teilen der Föderation stammenden Personen, Privatpersonen und staatlichen Funktionsträgern, vom Milizionär bis zum Präsidentenvertreter, und ihre Verbringung auf tschetschenisches Gebiet, um Lösegeld zu erpressen.

15 Vgl. Igor' Rotar', Čej Dagestan?, in: Izvestija vom 26. Januar 1996, S. 2. Schon in den sechziger Jahren gab es ernste Konflikte. Davon zeugt der Beschluß des Präsidiums des Obersten Sowjets der Dagestanischen ASSR vom 29. November 1967 "Über die Arbeit des Exekutivkomitees der Sowjets der Deputierten der Werktätigen von Stadt und Rayon Chassawjurt über die Arbeitseingliederung und Versorgung der aus der Verbannung zurückgekehrten Personen". Vgl. Junusov, a.a.O. (Anm. 5), S. 124.

16 Vgl. Igor' Rotar', Protivostojanie v Chasavjurt, in: Nezavisimaja gazeta vom 23. April 1997, S. 3; Vadim Il'in, Krizis vlasti v Chasavjurt, in: Nezavisimaja gazeta vom 13. Mai 1997, S. 3. In der Stadt Chassawjurt bilden Tschetschenen und Kumyken ca. 60 Prozent der Bevölkerung bei jeweils etwa gleicher Stärke, im Rayon von Chassawjurt insgesamt dominieren hingegen die Awaren.

17 Vgl. Uwe Halbach, Rußlands weiche Grenzen. Teil II: Der Grenzraum und die Binnengrenzen der Föderation, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Aktuelle Analysen 14/1997, S. 3.

18 Jeden Tag reisen ca. 2.000 Kfz bzw. 10.000 bis 15.000 Personen aus Tschetschenien nach Dagestan ein. Vgl. Moskovskie novosti 47/1997, S. 10.

Geiselnahmen wurden seither zur Alltäglichkeit. Das föderale Innenministerium registrierte 1997 1.140, 1998 1.415 Entführungen und Geiselnahmen;¹⁹ und im dagestanischen Innenministerium richtete man eine "Abteilung für Menschenraub" ein.²⁰ Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Opposition gegen Präsident Maschadow um die Feldkommandeure Schamil Bassajew und Salman Radujew solche Entführungen betreibt, um ihre Organisationen und Aktivitäten zu finanzieren: Menschenraub ist mangels sonstiger Einnahmen zum "Erwerbszweig" geworden.²¹ Freilich sind solche Aktionen in Dagestan alles andere als populär, doch haben sie bislang nicht zu einer breiten übernationalen, antitschetschenischen Solidarisierung der dagestanischen Grenzbevölkerung geführt, und eine solche Entwicklung ist auch eher unwahrscheinlich.

3. Bewaffnete "Kommandoeinsätze"

In jüngster Zeit konzentrieren sich politische Kräfte Tschetscheniens darauf, teilweise im Zusammenwirken mit sympathisierenden dagestanischen Gruppen beiderseits der Grenze Fernsehsendereinrichtungen zu installieren, um über eine massive antirussische und zugleich militant-islamische sowie die Gemeinsamkeiten von Tschetschenen und Dagestanern betonende Propaganda vor allem die von der Arbeitslosigkeit besonders stark betroffenen Jugendlichen Dagestans zu indoktrinieren und für gemeinsame politische, notfalls auch bewaffnete Aktionen zu gewinnen.²²

Daß tschetschenische Kommandos auch weitab der Grenze, im Innern Dagestans, voll aktionsfähig sind, zeigte der militärisch vorbereitete nächtliche Überfall auf den einst zaristischen, dann sowjetischen, heute föderalen Truppenstandort der 135. Mot. Schützenbrigade im Dezember 1997 unweit der historischen Hauptstadt Bujnask, der zu einem zweistündigen Gefecht führte. Wie machtlos die föderalen und dagestanischen Sicherheitskräfte dem Treiben der tschetschenischen Kommandos gegenüberstehen, zeigen die von diesen im Juni 1999 im Kraj Stawropol und in Dagestan gleichzeitig durchgeführten Überfälle, teilweise weitab von ihren tschetschenischen Basen.²³ Sie erwiesen die von Sergej Stepaschin Ende April 1999 angeordneten Maßnahmen (Grenzschließung, Blockade, "Punktschläge" usw.) als Rhetorik, und so war es eine besondere Ironie, daß er bei seinem offiziellen Besuch in Da-

19 Vgl. Izvestija vom 14. Mai 1999, S. 2; siehe auch die Zahlen in Nezavisimaja gazeta vom 24. Oktober 1997, S. 3.

20 Vgl. Nezavisimaja gazeta vom 19. Juni 1999, S. 1/5.

21 Vgl. dazu Uwe Halbach, Die Tschetschenische Republik Itschkerja 1998, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Aktuelle Analysen 49/1998, S. 2f.

22 Vgl. Dmitri Nikolaev, Razvedka boem, in: Nezavisimaja gazeta vom 4. Juni.1999, S. 1/5.

23 Vgl. dazu u.a. Kommersant vom 3. Juni und vom 19. Juni 1999, S. 2 bzw. S. 1, der vermutet, daß die Aktionen "Abschlußexamen" der im Lager des "Jordaniers" und Feldkommandeurs Chattab ausgebildeten Kämpfer, darunter angeblich auch Russen, Ukrainer usw., sind. Die Vermutung beruht auf der Beobachtung, daß die Kampfeinsätze mit einer gewissen Regelmäßigkeit stattfänden.

gestan durch (noch rechtzeitig aufgedeckte) Terroranschläge hochgradig gefährdet war. Nun dürfte der Druck außerordentlich hoch geworden sein, in der ungeklärten Grenzfrage - auch im Grenzverlauf zwischen Tschetschenien und Dagestan - zu einer Entscheidung sowohl in bezug auf den Status als auch die Art der Sicherung zu kommen.²⁴

Organisierte Kriminalität

Ein eng mit Tschetschenien verbundener Faktor der Destabilisierung ist die in vielen Formen auftretende Organisierte Kriminalität. Die katastrophale Lage der Wirtschaft, die Migrationsströme in die und aus der Republik Dagestan, die exponierte Lage der Republik unmittelbar neben dem geopolitischen Epizentrum des Kaspischen Beckens und des Transkaukasus, die offene Grenze zum faktisch unabhängigen Tschetschenien, der im Laufe der Jahre immer mehr zur Gewißheit gewordene Eindruck, von Moskau keine Hilfe erwarten und sich letztlich nur auf die eigenen Kräfte verlassen zu können - dies alles schafft äußerst günstige Rahmenbedingungen für Kräfte, die um jeden Preis, frei von Gesetz und moralischen Skrupeln, nach wirtschaftlichem Gewinn und finanziellem Erfolg streben. Dagestan bietet ihnen aber auch noch deswegen einen besonders günstigen Boden, weil die Ärmlichkeit der Lebensverhältnisse schon immer die Versuchung wachsen ließ, eine Verbesserung in kriminellen Aktivitäten zu suchen, aber auch weil die große Zahl von Volksgruppen auf engstem Raume organisierte, illegale Formen der Selbstbehauptung unter ihnen förderte.

Der föderalen Regierung in Moskau bereitete in den letzten Jahren zunehmend Sorge, wie rasch insbesondere 1997/98, nach dem Ende des Tschechenien-Krieges, Gesetz und zivile Ordnung Dagestans in einem Maße verfielen, daß die politische Stabilität der Republik gefährdet schien, zumal der zersetzende Einfluß Tschetscheniens immer fühlbarer wurde. Es deutet allerdings vieles darauf hin, daß die im Sommer 1998 eingeleiteten Maßnahmen gegen das organisierte Verbrechen ganz wesentlich von dem politischen Motiv getragen waren, Gegner der Republikführung um Magomed Magomedali auszuschalten²⁵ und zu erreichen, daß sie bei den für März 1999 angesetzten Parlamentswahlen kein Mandat erlangten. Die in Rußland und in der GUS insgesamt verbreitete Erscheinung, daß gerade Akteure krimineller Gruppen um der parlamentarischen Immunität willen ein Abgeordnetenmandat anstreben, kennzeichnet die Situation auch in Dagestan: Von den 121 Mitgliedern der Volksversammlung der 1999 zu Ende gegangenen Legislaturperiode waren nicht weniger als 35 vorbestraft.²⁶

24 Vgl. Magomed-Zagid Varisov, Čečnju neobchodimo izolirovat', in: Nezavisimaja gazeta vom 20. Januar 1999, S. 5.

25 Vgl. z.B. ebenda.

26 Vgl. Milrad Fatullaev, V Dagestane prodolžajutsja aresty, in: Nezavisimaja gazeta vom 12. November 1998, S. 5.

Eng mit der Entwicklung in Tschetschenien wie im gesamten Nordkaukasus verbunden ist das Erstarken des Islam im öffentlichen Leben Dagestans, insbesondere aber das Aufkommen radikaler Strömungen und Lehren, verbunden mit einer entschiedenen Politisierung, die sich nicht zuletzt in scharfer Ablehnung Rußlands, seiner früheren Rolle und heutigen Stellung im Kaukasus ausdrückt. Seitdem Tschetschenien sich unter dem Druck radikaler Kräfte zu einer islamischen Republik und als sichtbarstes Zeichen dieses Schrittes das Schariat-Gesetz zur Grundlage seiner Rechtsordnung erklärt hat, haben tschetschenische "Missionsversuche" in Dagestan zugenommen.

Die Situation auf religiösem Gebiet ist besonders schwer einzuschätzen, weil sich hier mehrere Faktoren bzw. Entwicklungen überschneiden: erstens die religiöse Renaissance in der späten Sowjetepoche, die sich mit der Gewährung religiöser Toleranz während der Perestrojka weiter kräftigte. Für den gesamten Nordkaukasus bedeutete dies, daß der über Jahrzehnte hinweg in der Informalität der dort immer intakt gebliebenen ethnischen Sippenverbände (*tejp*) fortbestehende "parallele" Islam²⁷ nun wieder furchtlos an die Öffentlichkeit treten konnte und neue Wurzeln schlug; zweitens die mit der religiösen Dimension zwar vielfältig verbundene, sich von ihr aber durchaus unterscheidende, eigenständige nationale Wiederbesinnung und Revitalisierung; drittens die Wiederbegegnung mit der eigenen vorkommunistischen Geschichte, mit den vom Sowjetstaat so lange verschütteten, unterdrückten und entstellten geistigen und kulturellen Traditionen Dagestans; viertens die infolge des Zusammenbruchs der UdSSR nun plötzlich und weitgehend ungehindert in das Land strömenden Einflüsse des Auslandes, deren Anziehungskraft schon deswegen groß war, weil man lange Jahre weitgehend von ihnen abgeschnitten gelebt hatte.

Entgegen einer vor allem in den zentralen Medien Rußlands häufig anzutreffenden Neigung zur Vereinfachung und politischen Dramatisierung gibt der Islam im postkommunistischen Dagestan ein sehr undeutliches Bild ab. Seine Renaissance im Sinne einer "fundamentalistischen Gefahr" zu deuten, stellt nicht nur eine starke Verzeichnung der Wirklichkeit dar, sondern muß im Ergebnis als abwegig bezeichnet werden. Tatsache ist allerdings, daß sich die Lage des "organisierten" Islam, in Zahlen betrachtet, im vergangenen Jahrzehnt grundlegend verändert hat: Gab es 1988 in Dagestan nur noch 27 Moscheen bzw. ihnen zugeordnete, vom Staat registrierte und von der Geistlichen Verwaltung in Bujnask kontrollierte Vereinigungen, so waren es Ende

27 Während der Sowjetzeit hatte sich dieser Ausdruck eingebürgert, um damit die neben den vom Einparteistaat geduldeten religiösen Zentren, speziell der "Geistlichen Verwaltung der Muslime Dagestans" (Bujnask), existierenden Gruppen, Mullahs, Sufi-Gemeinschaften usw. zu erfassen. Informativ der knappe Überblick bei Alexander Iskanderjan, Der islamische Radikalismus im Nordkaukasus, in: Wostok 6/1998, S. 20-22.

1996 deren 1.670 und 1998 bereits fast 2.000! Dazu traten zehn islamische Hochschulen und sieben "islamische Zentren".²⁸

Die Frage, welcher der im heutigen Islam profilierten Strömungen oder Richtungen sich die Bevölkerung angeschlossen hat bzw. anschließen wird, läßt sich nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge ziemlich eindeutig beantworten: der in den verschiedenen Volksgruppen Dagestans historisch verwurzelten sunnitischen Islam-Tradition. Sie war von Anfang an aufs engste mit dem sogenannten "Volks-Islam" verbunden, der Heiligenverehrung, dem Wundererlebnis, der Verehrung heiliger Stätten usw., und der verbreitete Sufismus bot genügend Raum für eine Koexistenz mit den bei den Stämmen und Dorfgemeinschaften der Gebirgler des Kaukasus besonders starken lokalen Gewohnheitsrechte (*adat*).

Allerdings sind im Islam zu verschiedenen Zeiten auch gänzlich andere, streng auf die "eigentliche" Lehre des Propheten und ihre radikale Reinhaltung gerichtete Strömungen, teilweise mit ausgeprägt politischem Charakter, zur Wirkung gekommen. Das gilt auch für Dagestan, und zwar in Gestalt des Müridismus, jener Lehre des Islam, welche in den zwanziger und dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts vor allem der legendäre Imam Schamil - ein Aware - bei den Stämmen Dagestans gewaltsam durchsetzte, um sie dann zur entscheidenden geistigen Waffe im Widerstand und Kampf gegen Rußland bei seiner Eroberung des Kaukasus zu wenden. Diese andere spezifisch mit dem antikolonialistischen Widerstand der Völker Dagestans und Tschetscheniens gegen Rußland verbundene Richtung des Islam ist es, die seit dem Ende der UdSSR im Nordkaukasus aufs neue ihre Wirksamkeit entfaltet. Heute sind es radikale tschetschenische Gruppen, die auch die "Befreiung Dagestans" auf ihre Fahnen geschrieben haben und beide Republiken zu einem unabhängigen islamischen Staat mit dem Kaspischen Meer "als Tor zur Welt" vereinen möchten.²⁹ Ihr erklärtes Vorbild sind Imam Schamil und der von ihm Rußland erklärte "Heilige Krieg" (*gazavat*).

Die russische Presse sowie die Gegner eines politisch radikalisierten Islam im Nordkaukasus selbst nennen sie nach der in Saudi-Arabien herrschenden "puritanischen" Spielart des (sunnitischen) Islam Wahhabiten, möglicherweise deswegen, weil Feldkommandeure des Tschetschenien-Krieges wie der "Jordanier" Chatab in der tschetschenischen Emigration bzw. Diaspora im Nahen Osten als Wahhabiten aufwuchsen und Anfang der neunziger Jahre zum Kampf für die Unabhängigkeit ihrer historischen Heimat nach Tschetschenien zurückgekehrt sind, wo sie dann natürlich auch für ihre religiösen Überzeugungen warben und die von ihnen beherrschten Kampffzentren als streng

28 Vgl. Eremin, a.a.O. (Anm. 9) S. 28; Interview mit dem Mufti Dagestans, Abubakarow, in: Literaturnaja gazeta vom 1. April 1998, S. 3.

29 Einer der Hauptvertreter dieser Richtung ist der tschetschenische Feldkommandeur und frühere Ministerpräsident Tschetscheniens, Schamil Bassajew, mit der von ihm geleiteten Organisation "Kongreß der Völker Tschetscheniens und Dagestans".

"islamische Gemeinden" organisierten.³⁰ Wie viele solcher Dschamaate heute in Tschetschenien existieren und ob bzw. inwieweit sie von der legitimen Regierung Präsident Maschadows kontrolliert werden, darüber liegen keine Angaben vor.

1993/94 entstanden auch in Dagestan vereinzelt Dschamaate.³¹ Durch den Tschetschenien-Krieg und die von ihm ausgelöste Welle antirussischer Solidarisierung sind sie inzwischen fest unter den Einfluß des radikalen Flügels in Tschetschenien geraten. Aus den offiziellen Reaktionen in Dagestans Hauptstadt Machatschkala muß man den Schluß ziehen, daß man davon äußerst beunruhigt ist und darin mögliche, sprichwörtliche Funken in explosiver Umgebung sieht und daher entschlossen zu sein scheint, dem Prozeß einer quer zur ethnischen Differenzierung des Landes verlaufenden islamisch-konfessionellen Parteibildung frühzeitig entgegenzutreten.

Tendenzen ethnischer Fragmentierung und Segregation

Es ist nun die Aufmerksamkeit auf die Bildung von politischen "Bewegungen" unter den einzelnen Volksgruppen mit dem Anspruch ihrer authentischen Vertretung zu lenken.

1. Organisation der Volksgruppen zu teilmilitarisierten Bewegungen

Zu den frühesten Bewegungen gehören die "Awarische Volksbewegung" und die mit ihr verbundene Volksfront "Imam Schamil". Als Vereinigung radikaler islamischer Gemeinschaften existiert die "Union der Awarischen Dschamaate". Hervorgetreten sind ferner die "Kumykische Volksbewegung 'Tenglik'", der "Kumykische Nationalrat", die "Lakische Volksbewegung 'Kasi-Kumuch'", die "Darginische Nationalbewegung", die "Lesgische Volksbewegung 'Sadwal'" und der "Nationalrat des Lesgischen Volkes" sowie die Nationalbewegung der Nogaier, "Birlik". Bewegungen haben ebenfalls die kleineren Völker hervorgebracht.

Im Unterschied zu den in Dagestan registrierten politischen Parteien verfügen die nationalen Bewegungen über einen gewissen Rückhalt in ihren Volks-

30 Vgl. Iskanderjan, a.a.O. (Anm. 27), S. 21, ferner Uwe Halbach, "Wahhabiten" im Kaukasus und Zentralasien. Religiöse Konflikte an der Südflanke Rußlands, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Aktuelle Analysen 19/1998, S. 2f. Da die wahhabitische Lehre sich scharf gegen die islamische Mystik wendet und damit auch gegen den Sufismus bzw. die mit ihm (wenn auch nicht immer so eindeutig) verbundene Naqschbandiyya eingestellt ist, steht er freilich auch in Distanz zum Müridismus, da dieser im Ansatz dem sufischen Tarikat folgt. Daneben gibt es zwischen ihnen allerdings Berührungspunkte, etwa die Betonung der Sittenstrenge, überhaupt der ausgesprochene Puritanismus beider Richtungen und ihr äquivokes Streben nach einem "reinen" Islam, so daß die Verwechslung oder Ineinssetzung beider Strömungen durch Außenstehende nicht völlig zufällig ist. Bemerkenswert ist jedenfalls, daß auch Präsident Maschadow sich dieser Ausdrucksweise bedient. Nachweise bei Halbach, a.a.O. (Anm. 21), S. 5f.

31 Vgl. Interview mit dem Mufti Dagestans, Abubakarow, a.a.O. (Anm. 28).

gruppen, in welcher Stärke, läßt sich mangels verlässlicher Zahlen allerdings nicht sagen.

Ihre politische Bedeutung beruht ohnehin nicht unmittelbar auf einer sich in beeindruckenden Zahlen ausdrückenden Massenbasis, über die wohl keine von ihnen verfügt, sondern auf anderen Faktoren: als erstes dem Umstand, daß an ihrer Spitze eine Führungspersönlichkeit steht, die über Durchsetzungsvermögen gebietet, politische Erfahrung besitzt und eine Position in den zentralen Machtstrukturen der Republik innehat, welche nicht nur den Zugang, sondern auch die Verfügungsgewalt über wirtschaftliche und finanzielle Ressourcen verschafft, welche den Aufbau eines sich "nach unten" hin kräftig verbreiternden Sockels von Klientelbeziehungen ermöglichen, die ihrerseits wiederum der Spitze dieser ethno-sozialen Pyramide, dem "Paten", eine feste personale Basis und verlässliche Stütze liefern.

In fast idealtypischer Weise verbinden sich diese Elemente in dem Führer der Awarischen Volksbewegung, Gatschi Machatschew, der einer der Bosse der russisch-dagestanischen Ölbranche ist, ferner Vizepremier und - natürlich - Abgeordneter der Volksversammlung, letzteres, um - für alle Fälle - durch die parlamentarische Immunität gegenüber dem eventuellen Zugriff insbesondere der zentralen Staatsanwaltschaft in Moskau abgesichert zu sein.³²

In innerem, organischem Zusammenhang mit der Führungspersönlichkeit steht ein weiterer, gerade im heutigen Dagestan kaum zu überschätzender Vorteil der Volksbewegungen: Sie stellen in ihren organisatorischen Kernen ethnisch homogene paramilitärische Verbände dar, die sich vor allem aus dem großen Heer arbeitsloser junger Männer rekrutieren und diesen eine sinnhafte Aufgabe geben. Die Moral dieser "Kämpfer" (russisch: *boeviki*) und nicht selten auch ihre Bewaffnung sind der staatlichen Miliz zumeist überlegen. In dieser Republik, deren Bewohner sich schon aus traditioneller Einstellung bewaffnen, die heute aber, nach der legal-illegalen kommerziellen Auflösung zahlloser sowjetischer Waffenarsenale und erst recht als Auswirkung des Tschetschenien-Krieges nach Einschätzung der Dagestani selbst³³ bis an die Zähne bewaffnet sind, können die Kämpfer der Volksgruppen je nach Anlaß durch den Zustrom weiterer beschäftigungsloser, sympathisierender Landsleute rasch zu ansehnlicher Stärke anwachsen.

Von der Bedeutung und der Schlagkraft der ethnischen Kampfverbände konnte sich alle Welt im Mai 1998 überzeugen: Als Milizionäre in der Hauptstadt Machatschkala das Haus des Führers der Union der Muslime Rußlands, Nadirschach Chatschilajew, umstellten, um dort angeblich verschanzte Verdächtige festzunehmen, strömten hunderte sowohl seiner bewaffneten Parteigänger als auch derjenigen seines Bruders Magomed, des Führers der Lakischen Volksbewegung, zusammen, um den Chatschilajews zu Hilfe zu eilen. Von diesen dann angeführt, nutzten die *boeviki* die Abwesenheit des Staatsratsvorsitzenden Magomedali, besetzten das Stadtzentrum,

32 Zu ihm siehe das Interview in: *Nezavisimaja gazeta* vom 28. November 1997, S. 3.

33 Vgl. *NG-Scenarii* 5/1998, S. 14.

stürmten die Regierungsgebäude und hißten auf dem Dach des Staatsrats das grüne Banner des Propheten.

Die Vorgänge zeigten einerseits, wie gefährlich eine so verhältnismäßig kleine nationale Bewegung wie die der Laken bei entschlossener und über Autorität verfügender Führung im heutigen Dagestan ist bzw. sein kann, andererseits, wie labil die innenpolitische Lage Dagestans ist, wie wenig gesichert und wie verwundbar die zentralen Staatsorgane der Republik sind.

2. Die Lesgier-Irredenta

Bei der lesgischen Volksgruppe handelt es sich um einen weiteren, völlig eigenständigen Herd politischer Spannungen, ständiger Unruhe und bewaffneter Konflikte. Zum Problem wurde die Lage der Lesgier im Übergang zu den neunziger Jahren, als das Volk durch die Wandlung der Grenze zu Aserbaidschan zur Staatsgrenze geteilt wurde. Die "Grenzpolitik" der Verantwortlichen in Moskau und Machatschkala hat auf die Freizügigkeitsbedürfnisse der Lesgier sehr schwankend und insgesamt wenig Rücksicht genommen. Im Verlauf des Tschetschenien-Krieges wurde die Grenze zu Aserbaidschan dann überhaupt geschlossen; danach hat sich die Lage nur begrenzt verbessert, da weder in Moskau, noch in Machatschkala, noch in Baku daran ein Interesse besteht. Denn sowohl die föderale Regierung in Moskau als auch die heute in Machatschkala an der Macht befindliche ethno-oligarchische Führungsclique und erst recht natürlich Aserbaidschan³⁴ möchten die lesgische Volksgruppe gespalten halten: Moskau, weil ein vereinigt Lesgistan ein unkalkulierbarer, unbeherrschbarer Konfliktherd im Südkaukasus wäre, Machatschkala, weil die Lesgier im Falle ihrer territorialen Vereinigung mit dann knapp 500.000 Menschen fast so stark wären wie die Awaren und damit die traditionelle ethno-politische Struktur Dagestans grundlegend verändern würden, und Baku, weil ein vereinigt Lesgistan, wie die Führer der Volksbewegung Sadwal es vertreten, aus Aserbaidschan ausscheiden soll. Die Autonomisierung Dagestans wäre die wohl unvermeidliche Folge, und sie würde dann vermutlich in den Zerfall Dagestans überhaupt einmünden - mit unabsehbaren Auswirkungen auf die Stabilität in der Region insgesamt. Wie brisant die Situation im Süden Dagestans ist, wurde im Juli 1999 erneut offenbar, als Aktivisten der Lesgischen Volksbewegung Sadwal die (wegen ihrer Einträglichkeit sogenannte) "Goldene Brücke" an der Grenze zu Aserbaidschan besetzten, um gegen die Verhaftung ihres Führers Nasyr Primow zu protestieren.³⁵

34 Als 1996 Bomben in der "Metro" von Baku hochgingen, nahmen die aserbaidchanischen Behörden dies zum Anlaß, den Vertretern der lesgischen und awarischen Volksbewegungen (insgesamt 120 Personen) die Einreise nach Aserbaidschan bis auf weiteres zu versagen. Vgl. *Nezavisimaja gazeta* vom 1. Juli 1996, S. 3.

35 Vgl. Ilja Maksakov, *Akcii prot esta lezgin*, in: *Nezavisimaja gazeta* vom 22. Juli 1999, S. 1/2. Primow war vorgeworfen worden, die Auslieferung bzw. Überstellung eines Lesgiers an Aserbaidschan, dem der U-Bahn-Anschlag 1994 in Baku zur Last gelegt wurde, gewaltsam verhindert zu haben. Der Transport des in St. Petersburg verhafteten

Ethnische Konkordanzoligarchie

Im Bewußtsein der tödlichen Gefahr für den inneren Frieden und die territoriale Einheit der Republik hat sich die gegenüber der Sowjetzeit strukturell zwar nur begrenzt veränderte, ethno-politisch aber zunehmend heterogener werdende politische Elite Dagestans für die prinzipielle Fortführung des unter dem Sowjetsystem beachteten ethnischen Proporzsystemes entschieden, und zwar in beiden schon bisher praktizierten Hauptdimensionen: erstens hinsichtlich der Zusammensetzung des Parlaments; zweitens dadurch, daß bestimmte Volksgruppen bei der Besetzung gewisser staatlicher Ämter und Funktionsbereiche vorrangig Berücksichtigung finden.

Auf dieser Linie bestimmt die postsowjetische Verfassung vom 20. Juli 1994, daß "in der Volksversammlung die Vertretung aller Völker Dagestans garantiert" sei, nämlich durch die entsprechenden Regelungen des Wahlrechts (Art. 72 Abs. 2).³⁶ Das Wahlrecht von 1994 bzw. das in dieser Hinsicht unverändert gebliebene von 1998 teilt die Wahlkreise für die 121 Mandate auf die 14 stärksten, staatsrechtlich anerkannten indigenen Volksgruppen im Verhältnis ihrer Stärke (Kopfzahl gemäß Volkszählung von 1989) zueinander auf, so daß auf die Awaren etwa ein gutes Viertel, die Darginer ein gutes Sechstel, die Kumyken ein Achtel, die Lesgier ca. ein Zehntel, die Russen ein Zwölftel, die Laken ein Zwanzigstel usw. entfallen.³⁷

Noch radikaler, nämlich formal-paritätisch, ist der Volksgruppenschlüssel für die Besetzung des kollektiven Staatsoberhauptes und Spitzenorgans der Exekutive, des Staatsrats: Er besteht aus 14 Mitgliedern, von jeder Volksgruppe ein Vertreter: Awaren, Agulen, Aseri, Darginer, Kumyken, Laken, Lesgier, Nogaier, Russen, Rutuler, Tabassaraner, Taten, Zachuren, Tschetschenen. Der Staatsrat wird von der Verfassungskonferenz gebildet, die aus ebenfalls nach ethnischem Proporz zusammengesetzten 242 Mitgliedern besteht³⁸ und von der Volksversammlung einberufen wird.

Die tatsächliche politische Entwicklung der vergangenen fünf Jahre hat freilich gezeigt, daß die Funktionsleistung des Proporzsystems zunehmend prekär wird und dementsprechend legitimatorisch geschwächt ist. Der Hauptgrund dafür ist, daß das Amt des Staatsratsvorsitzenden kraft der mit ihm verbundenen politischen Leitungs- und administrativen Entscheidungsbefugnisse die Kollegialität des Gremiums ausgehöhlt hat, daß ferner die vom Staatsrat gebildete und ihm gegenüber verantwortliche "Regierung" unter

Lesgiens über dagestanisches und lesgisches (!) Gebiet folgte offenkundig einem provokatorischen Szenario der Sicherheitsbehörden Moskaus.

36 Text der Verfassung: *Konstitucii Respublik v sostave Rossijskoj federacii*, 1. izdanie Gosudarstvennoj Dumy 1995, S. 37-62.

37 Vgl. *Nezavisimaja gazeta* v. 19.9.1997, S. 3. Zu den neuesten Zahlen (Sommer 1999) siehe Varisov, a.a.O. (Anm. 6).

38 Vgl. *Nezavisimaja gazeta* vom 11. Februar 1999, S. 5.

dem Premierminister daher in ihrer laufenden Arbeit stark vom Staatsratsvorsitzenden kontrolliert wird, daß die vom Staatsratsvorsitzenden gesteuerte Exekutive, vor allem über die örtlichen Verwaltungschefs, weitgehend die politische Zusammensetzung des Parlaments beeinflussen kann und daß schließlich der in der Perestrojka zum Vorsitzenden des Obersten Sowjets der Autonomen Republik Dagestan aufgestiegene Magomedali Magomedow seine Machtstellung kraft seiner langjährigen Beherrschung des Apparats der Exekutive mit dem Wechsel in den Staatsratsvorsitz erfolgreich transformieren konnte.

Ein weiteres Instrument der Konfliktverhütung und Konfliktberuhigung ist die traditionelle Praxis, wichtigere, vor allem mit politischer, administrativer, finanzieller und wirtschaftlicher Macht verbundene Posten in Staat und Wirtschaft unter den Volksgruppen auf zentraler, mittlerer und unterster Ebene aufzuteilen. So ist es eine gewisse Regel geworden, verantwortliche Stellen im Energiesektor bevorzugt Angehörigen der awarischen Volksgruppe einzuräumen, Darginern hingegen im Finanzsektor. Allerdings verfährt man nach diesem Grundsatz vor allem zugunsten der drei größten Volksgruppen; die kleineren sind demgegenüber in den Führungspositionen der Staatsbürokratie (Ministerien, Staatskomitees usw.) und der Staatsunternehmen deutlich unterrepräsentiert, und auch hier fühlen sich namentlich die Lesgier am stärksten diskriminiert.³⁹

Typische Verfahrensweisen der ethnopolitischen Konfliktregulierung zeigen sich ferner in folgenden Vorgängen: Als sich 1994 der bisherige Parlamentschef Magomedow bei der Wahl zum Vorsitzenden des Staatsrates gegen seinen stärksten Herausforderer, Magomed Tolbojew, durchsetzte, drängte er ihn nicht ins politische Abseits, sondern machte ihn vielmehr zum Sekretär des Sicherheitsrates der Republik, von wo aus Tolbojew 1996 eine Schlüsselrolle bei der Vermittlung der erfolgreichen Waffenstillstandsgespräche von Chassawjurt zur Beendigung des Tschetschenien-Krieges zwischen Aslan Maschadow und Alexander Lebed spielte. Oder: Als im August 1996 der Finanzminister und Darginer Gamid Gamidow ermordet wurde und es darüber zu Großdemonstrationen und Unruhen kam, die von seiner Familie und seinen Anhängern organisiert worden waren, entschärfte man die sich gefährlich zuspitzende Lage dadurch, daß der Staatsrat kurzerhand den Bruder Gamidows zum Nachfolger ernannte!⁴⁰

So läßt sich erkennen, daß die Republik Dagestan von einer oligarchischen Gruppe aus Repräsentanten der drei wichtigsten Volksgruppen des Landes regiert wird, die durch ihren Karriereverlauf und die langjährige Zusammenarbeit miteinander auch mehr oder weniger eng politisch verbunden sind.

39 Vgl. Mohammed-Arif Sadyki, Decentralisacija ne est' separatizm, in: Nezavisimaja gazeta vom 24. Juli 1999, S. 5.

40 Vgl. Ilja Maksakov, Dagestan: Vzryvoopasnaja respublika, in: Nezavisimaja gazeta vom 12. Oktober 1996, S. 3.

Die Erkenntnis Kasbek Sultanows, eines in der Staatsduma tätigen Dagestan-Experten, daß die reale Struktur des politischen Systems der Republik von dem Neben-, Mit- und Gegeneinander rivalisierender ethnischer Clans beherrscht sei, daß die Führung des Landes sich bislang fast ausschließlich darauf konzentriert habe, diese Clan-Interessen durch Kompromisse, Koalitionen und Konsensfindung zu saturieren, ist dann auch alles andere als sensationell.⁴¹ Sultanow kommt allerdings zu einer negativen Bewertung, denn dieses System habe sich in eine Sackgasse manövriert und sei unproduktiv geworden, da die Strategie, sich über die - auch - personelle Stabilität des etablierten Machtkartells um jeden Preis an der Macht zu halten und parasitär die von ihr vermittelten materiellen Vorteile zu genießen, immer deutlicher in Widerspruch zu den sich dramatisch zuspitzenden sozio-ökonomischen Schwierigkeiten der Republik getreten sei.

Die Kritik erscheint vom Standpunkt einer modernen, rationalen, effektiven Staatlichkeit her überzeugend. Sultanow ignoriert jedoch die positiven Funktionsleistungen des Systems der ethnischen Konkordanzoligarchie für die innere Festigkeit und den Zusammenhalt der Republik, zumal unter ihren katastrophalen, notstandsähnlichen Lebensbedingungen. Er zieht in keiner Weise in Betracht, daß dieses System in der Geschichte Dagestans tief verwurzelt ist, daß es in modifizierter Form auch während der Sowjetepoche bestand und daß es daher gegenüber allen Alternativen wohl auf die breiteste Zustimmung und Unterstützung von seiten der multiethnischen Bevölkerung rechnen kann. Sultanows und anderer Kritik kann freilich als ein Indiz dafür gelten, daß der teils aus Überzeugung, teils aus Gewohnheit und Quietismus gespeiste Konsens schwächer wird und von verschiedenen Seiten, teils nationalistischen, teils auch radikalen islamischen Positionen, unter Druck gerät. Einstweilen hält das System dem Veränderungsdruck noch stand. Einer der Hauptgründe für seine Widerstandsfähigkeit dürfte die Tatsache sein, daß Dagestan in bruchloser Kontinuität im wesentlichen noch immer von einer säkular sowjetisch-kommunistisch sozialisierten Nomenklatura beherrscht wird, die kraft ihrer übernationalen, gesamtstaatlich-sowjetischen Prägung Nationalismus und religiösem Eifer innerlich fremd gegenübersteht, insofern politisch eher gemäßigte Positionen einnimmt und sich mit der interethnischen Kompromißfindung leichter tut. Was seine Kritiker ihm ankreiden, das macht daher gerade die Stärke dieses Systems aus, nämlich seine überethnische Integrationsfähigkeit und seine Fähigkeit zur Eindämmung und Neutralisierung von sozio-ethnischen Konflikten.

Sonstige Stabilisierungsfaktoren

Zu den Faktoren, die die politischen und sozio-ökonomischen Konfliktursachen abmildern, zählt ferner der Lebensstil der Bewohner Dagestans, der hohe Grad an Gemeinsamkeit ihrer Alltagskultur, der ungeschriebenen Sitten

41 Vgl. seinen Artikel: Dagestan, Ispytanie napročnost, in: NG-Regiony 20/1998, S. 9-10.

und gelebten Gewohnheiten. Sie wurzeln teilweise sehr tief in den autochthonen, "kaukasischen" Traditionen der Gebirgler, teils in den (volks-)islamischen Traditionen des Landes, teils in übernommenen Eigenarten der russisch-sowjetischen Lebensweise und Alltagskultur. Diese sozio-kulturellen, gerade auch die Mentalität der Menschen prägenden Gemeinsamkeiten überlagern ihr jeweiliges ethnisch-nationales Sonderbewußtsein und stellen daher eine gewisse, durchaus auch politisch relevante Ressource für die Sicherung eines interethnischen Ausgleichs und des zivilen Friedens in Dagestan dar.

Ein weiterer, eng damit verbundener Faktor tritt hinzu, nämlich die für die Bewohner Dagestans, insbesondere für ihren im Gebirge lebenden Teil, charakteristische Subsistenzwirtschaft, die Ernährung von dem, was man auf dem kleinen Stück bebaubaren Bodens erwirtschaftet. Die aufgrund der ungünstigen Bodenverhältnisse schon immer kärglichen Lebensbedingungen erleichtern es den Bewohnern Dagestans, unter den heutigen besonders schwierigen Umständen einer weitgehend zusammengebrochenen Industrie die auch während der Sowjetepoche immer lebendig gebliebenen Formen der agrarischen Nebenwirtschaft für sich im Rahmen und zugunsten von Familie und Sippe maximal zu nutzen und so das Überleben zu sichern. Traditional anerzogene Genügsamkeit der Gebirgler, aber auch die Anspruchslosigkeit des von laufenden Versorgungskrisen heimgesuchten "Sowjetmenschen" liefern die nötigen psychischen Voraussetzungen für die Bereitschaft, sich in die heute von Not und Knappheit gekennzeichneten Verhältnisse zu schicken.

Schlußbemerkung: zur Rolle des föderalen Zentrums

Der politische Kurs, den das föderale Zentrum, "Moskau", heute gegenüber der Republik Dagestan steuert, und die Rolle, die es in Dagestan spielt, sind teils blaß, verschwommen und undeutlich, teils widersprüchlich und unbeständig. Zu einem Teil liegt dies in der Eigenart der Region selbst begründet. Denn natürlich läßt sich Dagestan, das hat die Studie in beinahe jeder Hinsicht bestätigt, nicht isoliert betrachten. Die Republik hat teil an den ethnopolitischen Konflikten, sozio-ökonomischen Schwierigkeiten und kulturellen Veränderungsprozessen nicht allein des "rußländischen" Nordkaukasus, sondern der politischen Erdbebenzone des Kaukasus insgesamt als eines der geopolitischen Knotenpunkte im postsowjetischen Raum. Angesichts der hohen innenpolitischen Instabilität der drei transkaukasischen Republiken, der vielen ungelösten ethno-territorialen Konflikte auf ihren Territorien, angesichts der Unsicherheiten und der Zerstrittenheit der wichtigsten politischen Gruppen und Hauptakteure in Moskau über den Ort und den Weg Rußlands in der sich nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes neu ordnenden Welt im allgemeinen und über die politischen Interessen Rußlands in der Kaukasusregion im besonderen kann man schwerlich bereits eine gut begründete, in sich

stimmige, operativ überzeugende politische Konzeption für die Region erwarten.⁴²

Allerdings formuliert die Nationale Sicherheitskonzeption der Rußländischen Föderation vom 17. Dezember 1997⁴³ im Hinblick auf die Kaukasusregion gewisse politische, ökonomische und militärische Interessen, wie die Sicherung des inneren Friedens, Stabilität der Staatsgewalt, Durchsetzung des Rechts, Erhaltung des einheitlichen Wirtschafts- und Rechtsraumes, Bekämpfung von Separatismus, Sicherung der Transportkorridore für Gas und Öl, Sicherung der Staatsgrenzen, Abwehr pantürkischer Bestrebungen, Fernhaltung von USA und NATO aus der Region, Einsatz von friedenssichernden Militärkräften im internationalen Auftrag zur Regelung der Konflikte usw. Es ist jedoch bis heute unklar geblieben, auf welchen Wegen die in ihrer abstrakten Höhe formulierten Ziele auch tatsächlich erreicht werden sollen. Diese Lücke soll erklärtermaßen die "Konzeption der Staatspolitik der Rußländischen Föderation im Nordkaukasus" schließen. An ihr wird schon seit längerem gearbeitet, aber ihre Verabschiedung mußte immer wieder hinausgeschoben werden, weil die politischen Vorstellungen der Akteure schon im Grundsätzlichen teilweise weit auseinandergehen. Immerhin war man im März 1999 soweit, einen Entwurf fertigzustellen und der föderalen Regierung zur Verabschiedung zuzuleiten.⁴⁴ Unabhängig von ihrem Inhalt läßt sich aber feststellen, daß Dagestan weiter zu den "Schlußlichtern" derjenigen Regionen Rußlands gehören wird, die zum Kreis der Subventionsempfänger zählen, aber wegen der "Dauerebbe" im föderalen Haushalt auch weiterhin weitgehend leer ausgehen werden.

Die Zurücksetzung Dagestans durch das "Zentrum" zeigt sich auch auf engerem politischen Gebiet, nämlich bei den Wahlen zur Staatsduma. Obwohl Dagestan kraft seiner Einwohnerzahl fast die Gruppe der Subjekte der Föderation erreicht, denen vier Direktmandate (von 225) zustehen, so daß die Republik auf jeden Fall aber drei Direktmandate haben müßte, ist es bei den Subjekten eingeordnet, die bei einer Einwohnerzahl zwischen einer Million (Gebiet Murmansk) und 1,6 Millionen (Gebiet Leningrad) mit zwei Direktmandaten in der Staatsduma vertreten sind, ein Fall eindeutiger Verletzung des Prinzips der Wahlrechtsgleichheit.⁴⁵

Das politische Verhältnis Moskaus zu Dagestan steht völlig im Schatten des Tschetschenien-Konfliktes und der Frage nach einer der abtrünnigen Repu-

42 Zur Einforderung und Diskussion einer schlüssigen rußländischen (Nord-)Kaukasuspolitik siehe die Materialien in *Novoe vremja* 50/1997, S. 14-18; Sergej Šachraj/Ramazan Abdulatipov, *Formula mira i stabil'nost'*, in: *Nezavisimaja gazeta* vom 13. März 1996, S. 3; Ramazan Abdulatipov, *Die russische Nationalitätenpolitik im Kaukasus: Konzeptionelle Visionen*, in: *Wostok* 3/1998, S. 20-23.

43 Text: *Sobranie Zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii (SZRF)* 1997, Nr. 52, Pos. 5909.

44 Nachweis siehe Ilja Maksakov, *Vopros o "ministerstve Kavkaza" sozrel*, in: *Nezavisimaja gazeta* vom 9. April 1999, S. 5. Siehe ferner die Inhaltsangabe in: *Nezavisimaja gazeta* vom 30. Mai 1998, S. 5.

45 Vgl. Varisov, a.a.O. (Anm. 6). Ob dieser Fehler zur Dumawahl vom Dezember 1999 korrigiert werden wird, ist ungewiß.

blik gegenüber anzuwendenden Strategie. Diese ist deswegen so schwierig zu finden, weil der Konflikt nicht nur auf den ganzen Nordkaukasus ausstrahlt, sondern die Integrität Rußlands als Föderation insgesamt und prinzipiell betrifft, und so schwankt Moskau gefühlsmäßig bei der Auseinandersetzung darüber zwischen der trotzigen Entschlossenheit, den territorialen Bestand Rußlands zu bewahren, und dem Überdruß an einer Republik mit einem Volk, das man "wie eine Krebsgeschwulst am Körper Rußlands" (Wladimir Schirinowski) empfindet.

Das von General Lebed und Aslan Maschadow vereinbarte Abkommen von Chassawjurt (30. August 1996) sieht - ebenso wie der am 12. Mai 1997 von den Staatspräsidenten Jelzin und Maschadow abgeschlossene "Friedensvertrag" - nur eine Interimslösung vor, mit der Maßgabe, bis zum 31. Dezember 2001 ein Abkommen über die Grundlagen der beiderseitigen Beziehungen abzuschließen, das "auf den allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts beruht". Die Vorstellungen über Charakter und Inhalt dieses Grundlagenvertrages gingen zunächst weit auseinander: Während Moskau nur ein Kompetenzabgrenzungsvertrag ähnlich dem mit der Republik Tatarstan vom 15. Februar 1994 vorschwebte, konzipierte Tschetschenien einen Vertrag über gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit zwischen der Tschetschenischen Republik Itschkerja und der Rußländischen Föderation "rein völkerrechtlichen Charakters", ohne irgendwelche Elemente staatsrechtlicher Einordnung.⁴⁶

Die föderale Regierung klammert die Statusfrage einstweilen weiter aus. Der im März 1999 fertiggestellte Entwurf einer Konzeption der nationalen Politik Rußlands für den Nordkaukasus schiebt jedenfalls das Problem erklärtermaßen auf die Ebene einer sozio-ökonomischen Entwicklungsstrategie bzw. eines darauf bezogenen Interessenausgleichs. Inzwischen mehren sich allerdings die Anzeichen für eine Stärkung der Position, welche in einer Legalisierung der Abspaltung unter Anerkennung Tschetscheniens eher eine Stärkung Rußlands sehen.

Über den Umgang mit Tschetschenien in der Zwischenzeit besteht keine Einigkeit. Während die föderalen Sicherheitskräfte, namentlich das Innenministerium, die terroristischen Übergriffe tschetschenischer Kommandos auf die Nachbarregionen mit harten Maßnahmen beantworten wollen und "Punktschläge", die Schließung der Grenzen zu Tschetschenien, eine Blockade der Republik, unter Umständen sogar die Verhängung des Ausnahmezustandes über den ganzen Nordkaukasus erwägen, sind sich Dagestans Staatsratsvorsitzender Magomedali und sämtliche Präsidenten der nordkaukasischen Republiken darin einig, daß es in der Region keine weitere Gewaltanwendung geben dürfe.⁴⁷

Eine eigenartige Position nimmt Ramasan Chadschibulatowitsch Abdulatipow ein, seiner Nationalität nach ein Aware und seit der Perestrojka Gorba-

46 Text: Nezavisimaja gazeta vom 21. Oktober 1997, S. 3.

47 Siehe dazu Ilja Maksakov, Kavkazskaja politika Moskvy vce dal'se otchodit ot real'nosti, in: Nezavisimaja gazeta vom 19. März 1999, S. 1/5; ders., a.a.O. (Anm. 41).

tschows prominentester Dagestaner in der Moskauer Staatsführung, der heute als stellvertretender Ministerpräsident Rußlands zu den Hauptakteuren in der Nordkaukasuspolitik überhaupt zählt und dank seiner Herkunft eine besondere Zuständigkeit auf föderaler Ebene, wie es scheint, informell für Dagestan besitzt.⁴⁸ Teils gestützt auf die awarische Volksbewegung, teils aufgrund einer politischen Absprache mit dem Staatsratsvorsitzenden Magomedali setzte sich Abdulatipow bei den Wahlen vom Dezember 1995 zur Staatsduma im Kampf um eines der beiden Dagestan zustehenden Direktmandate im Wahlkreis 10 (Bujnaxsk) durch.

Allerdings ist Abdulatipow seit dem Ende des Tschetschenien-Krieges öffentlich als entschiedener Verfechter harter, Gewaltanwendung, Blockade und Ausnahmezustand einschließender Maßnahmen gegen Tschetschenien und darüber hinaus als Anhänger eines strengen Grenzregimes in Dagestan vor allem zu Aserbaidshan hervorgetreten. Vom Boden der von ihm seit Jahren in vielen Artikeln, Interviews und öffentlichen Auftritten vertretenen Konzeption des Föderalismus und der Bundesstaatlichkeit der Rußländischen Föderation, nämlich seiner Orientierung an einem starken, funktionsfähigen und rational durchstrukturierten föderalen Staat, ist diese Position keineswegs inkonsequent. Sie hat Abdulatipow allerdings in Gegensatz zu fast allen politischen Gruppen und Akteuren gebracht, die in Dagestan eine Rolle spielen. Dazu beigetragen hat allerdings auch die nicht unwichtige Tatsache, daß Abdulatipow nachdrücklich für die Auflösung der nationalen Bewegungen in Dagestan eintritt. Seiner Autorität im Zentrum hat dies nicht unbedingt geschadet, doch erleichtert der zwischen ihm und den Führern der nordkaukasischen Regionen aufgerissene tiefe Graben von Meinungsverschiedenheiten über das politische Vorgehen in der Region natürlich nicht die schwierige Lage, in der sich das föderale Zentrum im Hinblick auf den Nordkaukasus insgesamt befindet. Mit der Anfang Juli getroffenen Entscheidung, außer der Abriegelung der Grenzen zu Tschetschenien auch die in Tschetschenien liegenden Zentren der terroristischen Kommandoeinsätze durch gezielte Gegenschläge unter Einschluß der Luftwaffe auszuschalten, hat die föderale Regierung ihre seit 1996 anhaltende Unentschlossenheit überwunden, das derzeit einzige ihr zur Verfügung stehende Mittel der "Ordnungsschaffung" im Nordkaukasus einzusetzen, nämlich das der militärischen Gewalt.

Allerdings gewinnt man den Eindruck, daß unter dem Druck der alltäglichen Not, der Hoffnungslosigkeit, daß sich die Lebensverhältnisse in überschaubarer Zeit verbessern könnten, der wachsenden Frustration vor allem der kleineren Volksgruppen, der massenhaften Jugendarbeitslosigkeit und des sich ausbreitenden Autoritätsverlustes der politischen Führung des Landes diejenigen Kräfte in Dagestan schwinden, die im Land bislang für interethnischen Ausgleich, Friedlichkeit, sozialen Kompromiß und Toleranz und überhaupt für

48 Zu Abdulatipows Positionen siehe das Interview mit ihm in: *Nezavisimaja gazeta* vom 9. September 1997, S. 5; ferner Christiane Hoffmann, *Das Problem ist nicht der Kaukasus*, in: *FAZ* vom 16. März 1999, S. 9.

die Einheit und Integrität der Republik gewirkt haben. Die tschetschenischen Invasoren scheinen zu der Einschätzung gekommen zu sein, die Republik Dagestan durch entschlossene Vorstöße über kurz oder lang wie ein Kartenhaus zum Einsturz und in ihre Hände bringen zu können. Wären nicht die Streitkräfte der Föderation, wäre ihnen in der Tat ein baldiger Erfolg ziemlich sicher. Aber auch unter den gegebenen Umständen des Einsatzes von raumfremden russischen Truppen ohne innere Motivation, Kampfgeist und Kampferfahrung in schwierigem Gelände könnte sich *mutatis mutandis* in Dagestan das in Tschetschenien erlittene Schicksal wiederholen. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch.